

# Das Ende der Apartheid

Südafrika nach dem Referendum vom 17. März

*Mit dem für Präsident de Klerk erfolgreichen Referendum über die Fortsetzung der Reformpolitik sind die Weichen für eine neue politische Ordnung in Südafrika gestellt. Heribert Weiland vom Freiburger Arnold-Bergstraesser-Institut informiert im folgenden Beitrag über wirtschaftliche Lage, gesellschaftliche Veränderungsprozesse und politische Zukunftschancen Südafrikas.*

Was man über Jahrzehnte hinweg nicht für möglich gehalten hätte, ist nun geschehen. Am 17. März 1992 hat sich die regierende Minderheit der Weißen Südafrikas per Volksabstimmung selbst entmachtet. Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit haben sich die Weißen für eine Fortsetzung des Reformprozesses, d. h. für das Ende der Apartheid ausgesprochen.

Daß das Votum so eindeutig ausfallen würde, hatte kaum jemand erwartet. Aber Präsident de Klerk pokerte hoch: Er hatte sein eigenes politisches Überleben mit der Abstimmung verbunden und versprochen, im Falle einer Niederlage zurückzutreten. Zugleich zeigte er großes taktisches Geschick, indem er unmittelbar nach der Wahlschlappe seiner Partei in Potchefstroom die weiße Wahlbevölkerung mit einem zu diesem Zeitpunkt völlig unerwarteten Referendum konfrontierte. Zwar hatte er schon seit Beginn der Verhandlungen mit dem ANC (Afrikanischer Nationalkongress) versprochen, sich vor der Unterschrift unter eine neue Verfassung noch einmal einer Volksabstimmung zu stellen, aber niemand hatte damit gerechnet, daß er sein Versprechen so früh einlösen würde. So blieb der Öffentlichkeit nur wenig Zeit für rückwärtsgewandte, selbstzweifelnde Kritik. Die Wähler wurden vielmehr vor die zur „Schicksalsfrage“ hochstilisierte Alternative über Fortsetzung oder Abbruch des friedlichen Reformprozesses durch Verhandlungen gestellt.

## Die Angst unter den Weißen wächst

Schließlich erwiesen sich die durch die Regierungspresse verbreiteten Nachrichten eines Kopf-an-Kopf-Rennens als ein geschicktes Manöver, um die Bürger zu den Wahlurnen zu treiben und auch die Unentschiedenen zur Stimmabgabe zu bewegen. Mit Erfolg: Denn die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 86,7 % – so hoch wie nie zuvor – zahlte sich letztlich für de Klerk aus, der lediglich in einem von 16 Abstimmungsbezirken, in Pietersburg im Transvaal, verlor. Überall sonst gab es deutliche Mehrheiten für de Klerk. In Kapstadt kletterte die Zustimmung sogar fast auf 85 %.

Die eindrucksvolle Legitimation, die der Präsident für die Weitervorführung seines Reformkurses erhalten hat, fällt bei genauerer Analyse jedoch nicht so günstig aus, wie die Zahlen zunächst suggerieren möchten. Denn aus den Ja-Stimmen ergibt sich nicht notwendigerweise eine rück-

haltslose Unterstützung für de Klerk, sondern eher die Angst vor einem eventuell noch größeren Übel, das sich mit den völlig perspektivlosen politischen Vorstellungen der Rechtsradikalen verbindet. Um bürgerkriegsähnliche Unruhen und ein Abgleiten in „libanesische Verhältnisse“ zu vermeiden, dürfte ein relativ großer Prozentsatz von Regierungskritikern – sowohl aus dem progressiv-liberalen wie aus dem konservativen Lager – mit der Faust in der Tasche für die Reformpolitik de Klerks gestimmt haben, weil sie sonst ein „Nein“ und damit ein vorzeitiges Ende des friedlichen Verhandlungsprozesses riskiert hätten. Wären die verschiedenen Parteien gegeneinander angetreten, hätte die regierende Nationalpartei (NP) ihre mehr als 40jährige Vorrangstellung höchstwahrscheinlich eingebüßt.

Daß die Regierung an Boden verliert, zeichnet sich schon seit geraumer Zeit ab. Nach anfänglicher Euphorie über den Reformkurs de Klerks Anfang 1990 hat die *Ernüchterung* über das, was die Weißen in einem zukünftigen nicht-rassischen Südafrika zu erwarten haben, ständig zugenommen. Offensichtlich gingen die NP-Wähler davon aus, daß Südafrika durch die formelle Abschaffung der Apartheidgesetze international wieder hoffähig werden könnte, ohne dabei de facto die angestammten politischen und wirtschaftlichen Privilegien aufgeben zu müssen. Im Verlauf der Verhandlungen wurde jedoch immer deutlicher, wie groß die Opfer und Einbußen sein werden, die die Weißen mit dem Eintritt in die Postapartheid-Gesellschaft erbringen müssen. Besonders sichtbar werden die *Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich*. Die weiße Bevölkerung Südafrikas, früher statistisch eine der reichsten Gruppen der Welt, spürt den Schwund des gewohnten Lebensstandards tagtäglich an der eigenen Geldbörse. Die Inflationsrate liegt bei 16 %, die Kreditzinsen betragen mehr als 20 %.

Als Rohstoffexportland wird Südafrika von der gegenwärtigen Rezession und dem starken Preisverfall auf den Weltmärkten besonders hart getroffen. Die internationalen Wirtschafts- und Finanzsanktionen haben dabei noch verstärkend gewirkt. Hinzu kommt gegenwärtig die katastrophale Dürre, die im gesamten südlichen Afrika bereits große Schäden angerichtet hat und die prekäre wirtschaftspolitische Lage des Landes nur noch verschlimmert. Die relative Verarmung der Weißen zeigt sich schon daran, daß die „poor whites“, deren sich frühere NP-Regierungen auf Kosten der Schwarzen immer besonders angenommen hatten, wieder sichtbar im Straßenbild auftauchen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit wächst, alte Menschen fürchten um ihre Renten. Demgegenüber werden die Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Schwarzen (höhere Löhne, mehr Gesundheits- und Erziehungsausgaben bei gleichzeitiger Kürzung der Mittel für white

education) mit zunehmender Kritik und Skepsis betrachtet.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang wächst zugleich die *Gewalt und Kriminalität*. In der internationalen Verbrechenstatistik nimmt Südafrika einen wenig ruhmreichen Spitzenplatz ein. Etwa alle halbe Stunde geschieht ein Gewaltverbrechen. Die Zahl der Delikte ist in den letzten Jahren rapide angestiegen. Bei Diebstählen und Raubüberfällen handelt es sich in erster Linie um Armutskriminalität. Wenn mehr als 40 % der Schwarzen arbeitslos sind und immer größere Zahlen vom Land in die Städte drängen, verwundert die Flucht in die Kriminalität kaum. Sie findet primär in den schwarzen Ghettos statt, hat sich seit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen jedoch immer mehr in die weißen Gebiete verlagert. Die Bewohner der exklusiven Stadtviertel versuchen verzweifelt, sich durch hohe Mauern, Alarmanlagen und private Sicherheitsdienste zu schützen. Doch gelingt dies nur begrenzt. Die Folge ist eine allgemeine Verunsicherung, die politisch der Regierung und ihrer Reformpolitik zugeschrieben wird, wobei die durch die Apartheid entstandenen massiven sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen Weiß und Schwarz kaum in die Überlegungen einbezogen werden.

## Gewalteskalation auf allen Seiten

In dem von Rassen- und Gruppenkonflikten gezeichneten Südafrika kommt noch die *politische Komponente der Gewalt* hinzu. Seit Jahren gibt es blutige Auseinandersetzungen zwischen den dem ANC nahestehenden „comrades“ und den „vigilantes“, die der Zulu-dominierten Inkatha-Freedom Party (IFP) zuzurechnen sind. Bei bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten sind allein 1991 fast 3000 Menschen ums Leben gekommen. Beide Gruppierungen, die ihre jeweils eigenen Zonen territorial abgesteckt haben und tief im illegalen Drogen- und Waffenhandel verstrickt sind, haben sich dem Zugriff der staatlichen Autoritäten weitgehend entzogen. Die vielfältigen Versuche der politischen Führer – unterstützt durch die Kirchen –, auf ihre Klientel einzuwirken und dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, blieben bisher ohne großen Erfolg (Vgl. HK Januar 1991, 43 ff.). Allerdings erhielten die von Regierung und Presse immer etwas abfällig als „Stammeskriege“ abqualifizierten Auseinandersetzungen eine besondere Brisanz, als im vergangenen Jahr zutage trat, wie stark *weiße Sicherheitskräfte* oder auch *rechtsradikale Gruppen* in diese Kämpfe verwickelt sind. Dahinter stehen einerseits handfeste ökonomische Interessen (Taxikrieg, Waffenschiebereien) und andererseits eindeutig politische, gegen den ANC gerichtete Absichten, denn immer wieder werden Überfälle und Straßenschlachten von der Polizei nicht verhindert oder aufgelöst, sondern eher angefacht und provoziert.

Eine Gewalteskalation besonderer Art besteht darin, daß mit dem Anwachsen rechtsradikaler Proteste immer häufiger weiße Demonstranten auf weiße Ordnungshüter

stoßen. Trotz des Bombenterrors konservativer Extremisten gegen Postämter und Schulen hat die Inhaftierung einiger weißer Demonstranten zu Irritationen und Emotionen geführt. Hier werden die Loyalitätskonflikte vieler Regierungsanhänger sichtbar, die zwar bereit sind, dem Reformkurs der Klerks zu folgen, die aber nicht billigen können, daß Buren gewaltsam gegen Buren vorgehen.

Die massiven wirtschaftlichen und politischen Veränderungen sind ein idealer Nährboden für die rechtsradikale „Konservative Partei“ (KP) und die sie unterstützende paramilitärische „Afrikaanse Weerstandsbeweging“ (AWB), die durch markige Parolen und publikumswirksame Aktionen immer mehr an Boden gewinnen konnten. Zehn Jahre nach ihrer Gründung ist der KP ein massiver Einbruch in die weiße Wählerschaft gelungen, und zwar sowohl in die afrikaans- wie englischsprachige Bevölkerungsgruppe. Das Geschäft mit der Angst hat sich dabei als sehr erfolgreich erwiesen: Mit Slogans wie „swart gevaar“ und „white right to selfdetermination“ konnten die Konservativen vier Nachwahlen hintereinander für sich entscheiden. Vor allem seit dem Sieg in Potchefstroom, einem Wahlkreis, der für die Nationale Partei immer als „todsicher“ galt, fühlten sie sich endgültig als Repräsentanten des weißen Wählerwillens in der Mehrheit. Auch wenn die Klerk das Referendum für sich entscheiden konnte, wird er damit rechnen müssen, daß die bis an die Zähne bewaffneten Extremisten den Fortgang friedlicher Verhandlungen und die Übergabe der Macht an eine ANC-dominierte Regierung zu verhindern versuchen werden.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß sich unter den Konservativen eine große Zahl von Regierungsangestellten, wie Verwaltungsbeamte, Lehrer, und Polizisten, befindet, die aus politischer Überzeugung alles daran setzen werden, die Verwirklichung des neuen gemischtrassigen Südafrika an ihrem täglichen Arbeitsplatz zu boykottieren. Für das Gelingen der Reformpolitik wird es also dringend erforderlich sein, den inneren Frieden im Land wieder herzustellen und zumindest einen Teil der Konservativen in die Verhandlungsdiskussion einzubinden. Ganz aussichtslos ist ein solches Unterfangen nicht, denn nach dem eindeutigen Ausgang des Referendums stehen nun die Konservativen selbst vor einer Zerreißprobe. Es ist durchaus möglich, daß sich ein besonnener, verhandlungswilliger Flügel der KP von den Extremisten, die auch vor weiterer Gewaltanwendung nicht zurückschrecken, abspaltet.

Verarmte Weiße, zunehmende Kriminalität und Rechtsradikalismus sind – genauer betrachtet – Oberflächenphänomene eines viel *tiefergehenden wirtschaftlichen und sozialen Wandels innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft*. Südafrika hat ähnlich wie einige andere rohstoffreiche Staaten in den letzten Jahrzehnten starke Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesse durchgemacht, die allerdings durch die Politik der Apartheid in ihren sozialen und politischen Konsequenzen abgefedert und verfälscht worden sind. Der interne politische Druck, die

wirtschaftlichen Notwendigkeiten und schließlich die veränderte internationale Konstellation nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben die Öffnung der Apartheidsventile erzwungen und die künstlichen Verzerrungen aufgehoben. Südafrika ist nun auf dem Weg, eine *normale Gesellschaft eines rohstoffreichen Schwellenlandes* zu werden.

Daraus ergeben sich einige für den Modernisierungsprozeß typische Begleiterscheinungen, die auch an Südafrika nicht vorübergehen. So hat sich die Bevölkerung der Kaprepublik ähnlich schnell vergrößert wie die der anderen afrikanischen Staaten. Während die Weißen nach wie vor rund 5 Millionen ausmachen, hat sich die schwarze Bevölkerung allein in den letzten drei Jahrzehnten von etwa 20 Mio. auf über 30 Mio. erhöht. Damit einher ging ein gewaltiger – politisch und sozial zwar künstlich gebremster –, aber letztlich nicht aufhaltbarer *Urbanisierungsprozeß* mit fast unübersehbaren Konsequenzen für Ernährung, Beschäftigung, Erziehung und Gesundheitsfürsorge. Durch Abdrängung der Bevölkerung in Apartheidshettos wurden die Probleme zwar verdeckt, aber nicht gelöst.

Zugleich geht der Prozeß der *wirtschaftlichen Integration* unaufhörlich weiter: Die zunehmende Industrialisierung Südafrikas benötigt immer mehr schwarze Arbeitskräfte, so daß eine strikte Apartheid gar nicht mehr denkbar ist: Während die nichtweißen Facharbeiter 1965 nur 15 Prozent der gesamten Facharbeiterschaft ausmachten, ist dieser Prozentsatz heute auf knapp 40 Prozent angestiegen. Selbst Polizei und Armee wären heute ohne schwarzes Personal nicht mehr einsatzfähig. Daß sich daraus die bekannten politischen Forderungen nach Befreiung und Gleichberechtigung ergeben haben, versteht sich von selbst.

Hingewiesen sei jedoch auf die *veränderte sozialstrukturelle Zusammensetzung der Weißen*, insbesondere der Buren. Mit ihrem Versuch, nicht allein auf politisch-administrativem, sondern auch im wirtschaftlichen und technischen Bereich Einfluß und Macht zu erwerben, hat sich die sozio-ökonomische Zusammensetzung der afrikaans Volksgruppe grundlegend gewandelt. Aus einer ehemals ländlich-bäuerlichen ist eine städtische Mittelstandsgesellschaft geworden, die mit ihrer sozio-professionellen Umorientierung auch Einstellungsveränderungen durchgemacht hat. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß gerade die gebildeten städtischen Buren und große Teile der akademischen Jugend sich immer deutlicher von der Ideologie und Politik der Apartheid abgewandt haben und Reformen verlangen.

Der afrikaans Oberschicht in Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft ist inzwischen klar geworden, daß eine hochindustrialisierte, international orientierte Wirtschaft und Gesellschaft nicht in ein Apartheidkorsett gezwungen werden kann. Sogar die politisch einflußreiche, buri-sche Geheimloge, der „Broederbond“, hat sich unter ihrem Vorsitzenden Peter de Lange zum Reformkurs bekannt. In einem sog. „Überlebenspapier“, in dem die Zukunft der Buren als Volksgruppe in einem neuen Süd-

afrika thematisiert ist, wird klar zum Ausdruck gebracht, daß das Festhalten am Status quo der weißen Herrschaft keine realistische Option ist, sondern daß die Fortexistenz des Afrikaanertums nur durch Anerkennung der politischen Rechte aller übrigen Gruppen in Südafrika und durch eine gerechte Machtteilung sichergestellt werden könne. Damit wird uneingeschränkt anerkannt, daß sich die Buren mit dem Reformkurs einer politischen Entmachtung unterziehen, die sie möglicherweise aus ihrer Regierungsrolle in eine minoritäre Oppositionsrolle verdrängen wird. Politisch angestrebt wird auf jeden Fall eine aktive, kreative Mitgestaltung der neuen Verfassungsstrukturen mit dem Ziel, in dem neuen System nicht ausgebootet werden zu können.

Entsprechend verhalten sich der Präsident und seine Berater aus der Nationalen Partei bei den Verhandlungen: Sie betonen immer wieder, daß für sie der Erhalt der afrikaans Volksgruppe und damit auch die Sicherstellung von Gruppenrechten von übergeordneter Bedeutung ist. Der Einstellungswandel und die Gesprächsbereitschaft der Regierung ist also vor allem darauf zurückzuführen, daß sie den Erhalt ihrer Volksgruppe nicht mehr durch Apartheid, d. h. durch Machtausschluß der anderen Bevölkerungsgruppen sicherstellen will, sondern bereit ist, sich auf ein Konzept der Machtteilung (allerdings mit einem – zumindest temporär – garantierten Minderheitenschutz) einzulassen.

## Die Verhandlungen gehen weiter

Auch wenn das Ende der gegenwärtigen Gespräche noch lange nicht abzusehen ist, so fällt eine erste Zwischenbilanz doch positiv aus. Denn wenn man berücksichtigt, daß noch vor einigen Jahren die Mehrheit aller Beobachter innerhalb und außerhalb Südafrikas dem Land Bürgerkrieg und blutige Rassenauseinandersetzungen prophezeit haben, so ist der bisherige Reformprozeß sehr friedlich und erstaunlich konstruktiv verlaufen. Dies ist zum einen der politischen Einsicht und dem Charisma der beiden Führungspersönlichkeiten Mandela und de Klerk zu verdanken, die ihr eigenes politisches Schicksal an den Erfolg der Verhandlungen geknüpft haben. Zum anderen läßt sich der bisherige Fortschritt darauf zurückführen, daß man sich zunächst nur auf einen formellen Rahmen „talks about talks“ geeinigt hat, innerhalb derer die inhaltlichen Diskussionen stattfinden sollen. Schließlich gab es seit mehreren Jahren eine Reihe von informellen Gesprächen, bei denen zunächst nach Gemeinsamkeiten und nicht nach dem Trennenden der verschiedenen Positionen gesucht wurde.

Die Einrichtung von Codesa (Convention for a democratic South Africa), die Ende 1991 geschaffen wurde, ist gegenwärtig zur wichtigsten Plattform der Verhandlungen geworden. Insgesamt 19 Abordnungen – d. h. ein breites Spektrum politischer Meinungen – haben am „runden Tisch“ Platz genommen. Die verhältnismäßig große Zahl der Teilnehmer reduziert sich jedoch auf weniger als fünf, wenn man sie zu „Interessengruppen“

zusammenfaßt. Denn vertreten sind sowohl die halbautonomen (5) sowie die unabhängigen Homelands (4), je ein Vertreter des aus drei Kammern für Weiße, Mischlinge und Inder bestehenden Parlaments, Repräsentanten der Demokratischen Partei (DP), der Inkatha-Freedom Party (IFP), des Inder-Kongresses, der Kommunistischen Partei (SACP), der Nationalen Partei (NP), der Regierung und des ANC. Effektiv stehen sich also die Regierung in Pretoria mit ihren Bundesgenossen und der ANC gegenüber, wobei die Demokratische Partei eine Vermittlerrolle einnimmt und Inkatha wegen der Empfindlichkeit des Parteiführers Buthelezi vorerst eine mimosenhafte Nebenrolle spielt. Die politischen Extremisten der beiden Lager haben sich bisher völlig verweigert. Beide unterstellen, daß Regierung und ANC bereits ein Komplott geschmiedet hätten, dessen Ergebnis durch Codesa und die dort verabschiedeten Verfassungsbestimmungen nur noch abgesehen werden müßte.

Tatsächlich besteht die Hauptaufgabe von Codesa darin, eine neue Verfassung zu erarbeiten, in der ein Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, ein Menschenrechtskatalog und das Verhältniswahlrecht Grundelemente des neuen politischen Zusammenlebens sein sollen. So einig man sich jedoch über das Ziel eines neuen, demokratischen Südafrikas ist, so unklar ist der Weg dorthin. Die Teilnehmer verständigen sich zunächst auf die Einsetzung von fünf Arbeitsgruppen, die die Prinzipien der gemeinsam formulierten Absichtserklärung konkretisieren sollen. Die erste Gruppe beschäftigt sich mit Möglichkeiten, das politische Klima im Land zu verbessern. Die zweite Gruppe versucht, die Bedingungen der Verfassung zu konkretisieren und entsprechende konstitutionelle Prinzipien zu erarbeiten. In einer dritten Gruppe geht es darum, sich über Gestalt und Dauer einer *Interimsregierung* klar zu werden. Die vierte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Thema der Reintegration der Homelands, die bis auf den Staat Boputhatswana wieder in den Einheitsstaat Südafrika zurückkehren wollen. Die fünfte Gruppe soll sich mit dem gesamten Zeitrahmen des Übergangsprozesses beschäftigen.

Besonders interessant und delikater Gegenstand sind die Themen der Arbeitsgruppen Zwei und Drei, bei denen es einerseits um die zukünftigen Verfassungsinhalte, andererseits um die Rolle und Dauer einer Interimsregierung geht. Die Verfassungsdiskussion konzentriert sich immer stärker auf das Problem der Festschreibung von Individual- und Gruppenrechten und damit zusammenhängend mit der Frage, wie zentralistisch oder föderalistisch das zukünftige Südafrika sein wird. Welcher Grad an Autonomie wird den einzelnen föderalen Elementen zugestanden, welche Kompetenzen verbleiben im Zentralstaat? Kann es regionale Autonomie ohne die ernsthafte Gefahr einer Balkanisierung geben? Wie kann die Vorherrschaft oder der Machtmißbrauch durch eine Volksgruppe oder politische Partei verhindert werden? Sollen die Befugnisse des Staatspräsidenten eingeschränkt werden – z. B. durch jährliche Ämterrotation, wie es die NP vorschlägt?

Welche Kompetenzen werden die Sicherheitskräfte besitzen, und wem werden sie unterstellt? Es geht also um die Definition und Ausgestaltung zukünftiger Machtteilung – eine Frage, die auch für die Zeitplanung des Übergangsprozesses von Bedeutung ist. Denn die gegenwärtige NP-Regierung möchte eine interimistische Machtteilung, in der die Weißen vorerst überrepräsentiert sind, möglichst lange – etwa 10 Jahre – aufrechterhalten. Sie hofft, daß die NP zwischenzeitlich eine multirassische Partei der Mitte wird und dem ANC möglichst viele Anhänger abwerben kann. Der ANC will die Dauer der Interimsregierung auf höchstens 18 Monate begrenzen, weil er umgekehrt fürchtet, daß er an Unterstützung verliert, wenn die sehr hochgesteckten Erwartungen seiner Wählerschaft nach dem Systemwechsel nicht kurzfristig erfüllt werden können.

Ein anderer Aspekt, der bisher angesichts der im Vordergrund stehenden Verfassungsdiskussionen nur wenig angesprochen worden ist, bezieht sich auf die *zukünftige Wirtschaftspolitik* in einem Postapartheid-Südafrika. In dieser Hinsicht stehen sich Regierung und ANC wie ungleiche Brüder gegenüber. Die Regierung in Pretoria ist mit ihren vielen staatseigenen und halbstaatlichen Unternehmen Südafrikas nicht nur der wichtigste Unternehmer und Arbeitgeber, sie unterhält zugleich über viele formelle und informelle Kanäle engen Kontakt mit den Vorstandsetagen der wichtigsten Konzerne im Land. Auch nach der Abschaffung der Apartheidsgesetze sieht es nicht so aus, als wären Regierung und Geschäftswelt bereit, die extrem ungleiche Einkommensverteilung und die von einigen wenigen Großkonzernen dominierte Wirtschaftsstruktur in Frage zu stellen. Der ANC führt dagegen als Verbündete nur die ihm nahestehenden Gewerkschaften, insbesondere Cosatu, ins Feld. Die Masse der Anhänger und Gewerkschaftsmitglieder können zwar bei akuten Konflikten durch Massendemonstrationen politischen Druck ausüben, ihnen fehlt für die anstehenden Verhandlungen bisher jedoch das fachliche Know-how und die politische Erfahrung.

## Wie demokratisch wird das neue Südafrika?

Eine ungünstige Ausgangsposition ergibt sich vor allem daraus, daß sich die Allianz aus ANC und Cosatu bisher noch gar nicht über die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, geschweige denn über Einzelpolitiken im klaren ist. Die aus der Freedom-Charter hervorgegangenen Konzepte einer eher sozialistisch orientierten Wirtschaftspolitik sind nach dem Zusammenbruch der östlichen Staatenwelt stillschweigend begraben worden. Wie die nunmehr proklamierte „mixed economy“ im Hinblick auf Außenwirtschaft, Landverteilung, Strukturpolitik und Ordnungspolitik im einzelnen aussehen soll, muß erst noch erarbeitet werden. Kurz: Die Gefahr besteht, daß die Unterhändler der Allianz von den geschickt taktierenden und bestens vorbereiteten Regierungsvertretern und

Wirtschaftsmanagern kurzerhand über den Tisch gezogen werden.

Allgemein wird damit gerechnet, daß es bereits in der zweiten Jahreshälfte 1992 durch Aufnahme einiger schwarzer Oppositionsmitglieder zu einer gemischtrassigen Koalitionsregierung kommen wird. Möglicherweise wird ein National Council gebildet, dem die Codesa-Ausschüsse zuarbeiten werden. Der Council wird dann die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung einleiten, die eine Übergangsregierung einsetzen wird. Das gegenwärtige Dreikammerparlament wird mit Sicherheit noch mindestens bis zur Bildung der verfassungsgebundenen Versammlung in Funktion bleiben, um die rechtliche Kontinuität der Regierung zu garantieren und die Beschlüsse der Codesa verfassungsrechtlich zu bestätigen.

Über die Einzelheiten des weiteren Verhandlungsablaufs zu spekulieren, ist müßig, weil vieles noch zur Diskussion steht. Der Ausgang des Referendums und die Fortschritte, die insgesamt innerhalb der letzten zwei Jahre gemacht worden sind, lassen hoffen, daß auch die noch offenen, strittigen Fragen auf dem Verhandlungsweg gelöst werden können. Allerdings hat das Referendum – zumindest bei den Weißen – auch gezeigt, wie weit die Positionen innerhalb der Bevölkerung auseinanderliegen und wie wichtig es ist, zumindest einen Teil des rechten und des linken Spektrums in einen Kompromiß mit einzubinden.

Die bisherigen Versuche, die reformfeindliche KP und den kompromißunwilligen PAC an den Verhandlungstisch zu bringen, sind gescheitert. Sollte es bei grundlegenden Fragen zu schwer überwindbaren Meinungsverschiedenheiten kommen und die Zustimmung der jeweiligen Anhängerschaft unwahrscheinlich werden, so ist es nicht ausgeschlossen, daß der am Verhandlungstisch erzielte NP-ANC-Pakt gar nicht zur Abstimmung gestellt wird und die demokratische Akklamation der Beschlüsse auf die lange Bank geschoben wird.

Ein Blick in die Geschichte Südafrikas zeigt, daß keiner der beiden Kontrahenten auf eine große demokratische Vergangenheit und innerparteiliche Demokratie zurückblicken kann. *Frederik van Zyl Slabbert*, einer der schärfsten Analytiker der südafrikanischen Gesellschaft, hat dies sehr deutlich formuliert: „Autokratische Regime können bei Übergangsprozessen durchaus wieder zu neuen autokratischen Regimen degenerieren.“ Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit der Abschaffung der Apartheidsgesetze zufriedengegeben und die Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika mehrheitlich aufgehoben. Es ist nicht auszuschließen, daß eine Übergangsregierung ohne den Makel der Rassendiskriminierung für lange Zeit im Amt bleiben kann, bevor sie von außen oder innen gezwungen wird, sich zur Wahl zu stellen und sich demokratisch legitimieren zu lassen. *Heribert Weiland*

## Kurzinformationen

### Delegationen der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz trafen sich in Mainz

Die Deutsche und Polnische Bischofskonferenz werden sich in Zukunft in unterschiedlicher Zusammensetzung regelmäßig zum beiderseitigen Gedankenaustausch treffen. Das ist ein Ergebnis von dreitägigen Gesprächen von Vertretern der beiden Bischofskonferenzen, die vom 30. März bis zum 1. April in Mainz stattfanden. Das Treffen diente vor allem zur Fortsetzung des im Rahmen einer Begegnung im November 1990 in Gnesen (vgl. HK, Januar 1991, 7 f.) begonnenen Dialogs zwischen den Episkopaten beider Länder. In einer Erklärung der beiden Konferenzvorsitzenden, des Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal *Josef Glemp* und des Mainzer Bischofs *Karl Lehmann* heißt es u. a., die Kirche wolle zusammen mit allen Christen und Menschen guten Willens dazu beitragen, Begegnungen und Gespräche zwischen den Menschen beider Länder zu fördern. Nachdem die Grenzen in Europa ihren trennenden Charakter zunehmend verlören, dürften keine neuen Gräben zwischen den Menschen entstehen. Zu den wichtigsten Gesprächsthemen des Bischofstreffens gehörte die Entwicklung in beiden Ländern in der Frage der Abtreibung und der Euthanasie

sowie verschiedener anderer Formen der Bedrohung menschlichen Lebens. Zum Thema Abtreibung veröffentlichten die Bischöfe eine eigene kurze Erklärung, in der u. a. darauf verwiesen wird, daß ein Rechtsstaat Tötung unschuldigen menschlichen Lebens niemals als rechtens erklären könnte. Weitere Themen der Gespräche waren die internationalen Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen, die Rückwirkungen der Vollendung des EG-Binnenmarktes auf die östlichen Nachbarn der EG sowie verschiedene Initiativen, die zu vermehrter Versöhnung zwischen Polen und Deutschland beitragen sollen. In der gemeinsamen Erklärung wird auch an den berühmten Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen 1965 als einen „entscheidenden Beitrag für einen Neubeginn zwischen den beiden Nachbarvölkern nach den Schrecken von Krieg, Gewaltherrschaft und Vertreibung“ erinnert. Im Zusammenhang mit einer u. a. auch ethischen Bewertung der Vertreibung von Deutschen aus ehemals deutschen Gebieten, die heute zu Polen gehören, kam man offenbar auch bei diesem Treffen nicht viel weiter. Vom Regensburger Völkerrechtlicher *Otto Kimminich* wurde ein Gutachten zur völkerrechtlichen Bewertung der Vertreibung vorgelegt, das aber nicht Gegenstand der Beratungen war und bislang auch nicht veröffentlicht wurde.